

Datum: Tue, 1 Feb 2011

An: mb@bmfsfj.bund.de
CC: extreme_zeiten@gmx.de

Betreff: Änderung der "Extremismuserklärung"

Sehr geehrte Frau Bundesfamilienministerin Schröder;

Die „Extremismuserklärung“, die das BMFSFJ derzeit allen Trägern im Rahmen des Programms

„Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und des Programms „Initiative Demokratie stärken“

abverlangt, stellt all diejenigen unter Generalverdacht, die sich täglich

für praktizierte Demokratie

und gegen Rechtsextremismus engagieren.

Das trifft mich als Ehrenamtlichen besonders hart, denn ich investiere meine Freizeit seit vielen

Jahren in Projekte gegen Rechtsextremismus. Die Ressourcen, die zur Umsetzung der Absätze 2

und 3 der "Demokratieerklärung" notwendig sind, können von mir nicht aufgebracht werden.

Ehrenamtliche können zwar mit dem Rückhalt von Trägern auch eigene kleine Projekte auf die

Beine stellen. Wenn im Rahmen dieser Projekte aber eine Dokumentation und Überwachung aller

Beteiligten vorgeschrieben wird, wird die ehrenamtliche Arbeit in diesem Bereich in Kürze nicht mehr existieren,

weil die Mittel des BMFSFJ nicht ausreichen werden, um die durch die "Demokratieerklärung" erzwungenen

Maßnahmen mitzufinanzieren und kein Träger in der Lage ist, diese Kosten, die allein aus der

ehrenamtlichen Arbeit entstehen werden, zu kompensieren.

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sind Misstrauen

und Bespitzelungsaufforderungen gegenüber denjenigen, die demokratische

Werte und Prinzipien

vor Ort verteidigen demokratieschädigend und kontraproduktiv. Ich fordere Sie daher auf, die

Absätze 2 und 3 der so genannten „Demokratieerklärung“ in den Zuwendungsbescheiden ersatzlos

zu streichen.

Mit freundlichen Grüßen,

O. Steinmetz
Ehrenamtlicher

